

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB
zum Verzicht auf die Mo-
dernisierung der atomaren
Kurzstreckenraketen:
Zwei Schritte vor - ein
Schritt zurück.

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann
MdL zur Frage, was der
bayerische Beitrag für die
deutsche Einheit kosten
soll: Waigel soll seine Pläne
offenlegen.

Seite 3

Robert Leidinger MdB
zum Erfordernis wirksamer
Kontrollmaßnahmen
auf bayerischer Seite:
Menschenschmuggel an
CSFR-Grenze unterbin-
den.

Seite 4

Rezension:

Dr. Wilhelm Bruns zum
Buch des Honecker-Nach-
folgers: Die Rolle von
Egon Krenz.

Seite 5

45. Jahrgang / 85

4. Mai 1990

Zwei Schritte vor - ein Schritt zurück

Zum Verzicht auf die Modernisierung der atomaren Kurz-
streckenraketen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungs-
kontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Mit dem Verzicht auf die Modernisierung der atomaren Kurz-
streckenraketen hat nun die amerikanische Regierung und die
NATO eine Forderung realisiert, die die SPD schon von Anfang
an vertreten hat. Endlich hat die NATO eingesehen, daß dieses
Programm absurd war. Endlich ist sie bereit, die Abrüstung aller
atomaren landgestützten Kurzstreckenwaffen in Europa ins
Auge zu fassen. Doch sind mit diesen Ankündigungen noch
längst nicht alle Probleme geklärt, und schon kommen neue
Probleme auf uns zu.

Nicht geklärt ist die Frage, wie es zu der Abrüstung der land-
gestützten atomaren Kurzstreckenwaffen kommen soll: Prä-
sident Bush kündigte dazu Verhandlungen ab 1991 an. Doch
warum noch Verhandlungen über diese Frage? Die politischen
Entwicklungen im Warschauer Pakt und die bevorstehende
deutsche Vereinigung werden es unmöglich machen, daß die
Sowjetunion noch atomare Artilleriewaffen und Kurzstrecken-
raketen außerhalb ihres Territoriums stationiert: Dies bedeutet,
daß auch der Abzug der NATO-Kurzstreckenwaffen nicht mehr
länger von vorherigen diplomatischen Verhandlungen abhängig
gemacht werden muß. Eine Gipfelvereinbarung zwischen Bush
und Gorbatschow würde es auch tun, wobei einige ergänzende
Absprachen getroffen werden könnten.

Doch neben der allmählichen Läuterung der NATO in der
Frage der landgestützten Kurzstreckenraketen zeigt sich gleich-
zeitig, daß sie unverdrossen weiter an ihrer doktrinen Ab-
schreckungsstrategie festhalten will: der neue Plan ist die
Bereitstellung von 450 luftgestützten Atomraketen. Diese

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemintour-Übersatz
mit wertvoller Rohstoffem
Recycling-Papier



Raketen stellen eine Umgehung des Abrüstungsvertrages für die Mittelstreckenraketen dar: ihre Reichweite von 400 Kilometern, ergänzt um die Reichweite der Flugzeuge, führt zu einer neuen atomaren Mittelstreckenwaffe. Und diese ist auch noch landgestützt, denn der Standort dieser Flugzeuge wird auf dem europäischen Festland, größtenteils mitten in Deutschland sein.

Die Frage ist zu stellen, gegen wen sich diese Waffen richten sollen. Von einer konventionellen Angriffsfähigkeit oder gar Überlegenheit der Sowjetunion können nur noch Experten reden, die in eine Irrenanstalt gehören.

Es gibt - selbst gemessen an allen offiziellen früheren Kriterien der NATO - keinen rationalen Grund für diese neue Atomrüstung.

Mit der Abrüstung landgestützter Kurzstreckenraketen geht die NATO zwei Schritt vor, mit den luftgestützten Atomraketen gleich wieder einen Schritt zurück.

Die SPD wird diese neue Atomrüstung nicht hinnehmen. Ihre Verhinderung wird ein zentraler Punkt in der Wahlkampagne zur Bundestagswahl sein. Atomare Kurzstreckenraketen sind vollständig überflüssig, ob zu Land oder in der Luft. Mehr noch: alle sogenannten „substrategischen“ Atomwaffen aus europäischen Ländern müssen verschwinden.

(-/4.5.1990/va-he/rs)

* * *

Waigel soll seine Pläne offenlegen

Zur Frage, was der bayerische Beitrag für die deutsche Einheit kosten soll

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

In einem Dringlichkeitsantrag fordert die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag die Staatsregierung auf, darüber zu berichten, welche Konsequenzen sich für Bayern ergeben würden, falls die Vorstellungen von Bundesfinanzminister Waigel zur Finanzierung der deutschen Vereinigung verwirklicht würden.

Die bayerische SPD-Fraktion bezieht sich mit ihrer Initiative auf das kürzlich geführte Gespräch zwischen Waigel und den Länderfinanzministern. Berichten zufolge soll das Defizit der DDR von bis zu 40 Milliarden DM noch in diesem Jahr und ab 1991 für noch unbestimmte Zeit von rund 60 Milliarden DM je zu einem Drittel vom Bund, von den Bundesländern und von der DDR aufgebracht werden.

Im einzelnen will die SPD-Fraktion von der Staatsregierung Auskunft zu folgenden Fragen:

1. In welcher Höhe wird sich danach die finanzielle Beteiligung für den Staatshaushalt des Freistaates für das Haushaltsjahr 1990 und die folgenden Jahre belaufen?
2. Welchen Zwecken dienen die hierfür aufzuwendenden Mittel im einzelnen?
3. Welche Auswirkungen ergeben sich daraus für den Staatshaushalt 1990 und die folgenden in Bezug auf die für 1990 vorgesehenen Ansätze für Zuweisungen und Zuschüsse an Kommunen, Private und Sonstige, welche weiteren Ansätze werden gestreckt oder auf Null gesetzt und inwieweit werden Ansätze für Baumaßnahmen verändert?
4. Wird im Zusammenhang mit der Drittel-Finanzierung der im Staatshaushalt vorgesehenen Ansatz der Nettokreditaufnahme verstärkt?

Seit Monaten versucht sich die Bundesregierung mit allen möglichen Finessen und Verschleierungsmanövern um die Beantwortung der Frage herumzudrücken, welche Lasten im Zuge der deutschen Vereinigung auf die Bundesbürger zukommen. Die notwendigen kritischen Fragen der SPD wurden als Sozialneid und Miesmacherei diffamiert. Jetzt müssen die Karten endlich auf den Tisch.

Es ist völlig unzumutbar, daß Herr Kohl auf der einen Seite die Deutschlandpolitik im Stile eines absolutistischen Sonnenkönigs betreibt, es ablehnt, die Bundesländer rechtzeitig und umfassend in alle Gespräche mit der DDR mit einzubeziehen und wenn es ans Bezahlen geht, mit unglaublicher Dreistigkeit in die Haushalte der Länder greift. Während sich die sozialdemokratisch regierten Bundesländer zurecht weigern, dieses Verfahren hinzunehmen, schweigt sich die CSU-Regierung in beschämender Weise aus. Ich fordere die angeblich so selbstbewußten Föderalisten Streibl und Tandler dringend auf, sich dem Bonner Diktat des Kanzlers und ihres Parteivorsitzenden Waigel mit Nachdruck zu widersetzen.

Parlament und Öffentlichkeit haben einen Anspruch darauf zu erfahren, welche Konsequenzen für die Erfüllung der landespolitischen Aufgaben der CSU-Kniefall hat. (-/4.5.1990/va-he/rs)

* * *

Menschenschmuggel an CSFR-Grenze unterbinden

Zum Erfordernis wirksamer Kontrollmaßnahmen auf bayerische Seite

Von Robert Leidinger MdB

Die SPD sieht sich aufgrund der aktuellen Entwicklung im bayerischen Grenzland zur CSFR, wo nach bisherigen Erkenntnissen seit Jahresbeginn 247 Personen illegal eingeschleust wurden, in ihren Sorgen bestätigt. Die Sicherheitslage wird immer labiler, weitere Eskalationen sind zu befürchten.

Nachdem wir bereits vor zwei Monaten auf die drohende Gefahr des Menschen- und Drogenschmuggels über die tschechische Grenze nach Bayern hingewiesen hatten, fordern wir die Bayerische Staatsregierung nun erneut zu sofortigen und wirksamen Gegenmaßnahmen auf.

Die Polizei- und Kontrollorgane im bayerischen Grenzland werden bereits heute mit Sicherheitsaufgaben konfrontiert, die ihre Leistungsfähigkeit übersteigen. Es ist zu befürchten, daß sich die Situation rasch weiter zuspitzt.

Wir verlangen deshalb eine umgehende personelle Aufstockung für alle Bereiche der öffentlichen Sicherheit, insbesondere aber der Polizeiorgane wie Grenzpolizei und Zolldienstkräfte.

Wir müssen davon ausgehen, daß Kriminelle - seien es nun Menschen- oder Drogenschmuggler - jede Schwäche des Staates schnell und flexibel ausnutzen. Jetzt nichts tun heißt, sich stillschweigend zum Helfershelfer zu machen und die Grenze zu entblößen.

Im Zuge der notwendig gewordenen personellen Umstrukturierung muß die Personalballung im Münchener Raum, die Bayerns öffentlichen Wasserkopf ausmacht, endlich zugunsten des Grenzlandes ausgedünnt werden.

(-/4.5.1990/va-he/rs)

* * *

REZENSION

Die Rolle von Egon Krenz

Zum Buch des Honecker-Nachfolgers

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Wer war Egon Krenz? Nicht nur einer, der nach langen Jahren des Wartens als „Kronprinz“ für 50 Tage Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzender der DDR war, sondern nach seiner Selbsteinschätzung ein Mann des Übergangs.

„Wir haben zumindest den Boden bereitet für eine Erneuerung der Partei. Wir haben uns in einer entscheidenden Situation in Leipzig für Gewaltfreiheit eingesetzt. Die Revolution blieb friedlich und ohne Blutvergießen. Und: Wir haben die Mauer geöffnet, weil die Menschen mit ihr nicht mehr zu leben bereit waren.“ So sieht sich Egon Krenz. Darüber hat er sein erstes (und wohl nicht letztes Buch) geschrieben.

II.

Um es vorweg zu sagen: Wenn es stimmt, was Krenz über seine Rolle beim friedlichen Übergang schreibt, verdiente er durchaus Respekt. Dies festzustellen, scheint in unseren Medien nicht möglich und in der politischen Auseinandersetzung mit der SED beziehungsweise der PDS, die Krenz ausgeschlossen hat (aber seine Partei ist, wie er schreibt) nicht opportun zu sein. Noch wissen wir aber zu wenig über den Willensbildungs-Entscheidungsprozeß innerhalb der SED-Führung und über die Abläufe in den entscheidenden Tagen im Oktober und November 1989. Zweifel an seiner tatsächlichen Rolle bleiben!

III.

Krenz reduziert die Geschichte der DDR und der SED nicht auf die letzten 50 Tage seiner Amtszeit. Sein Buch enthält vier Teile mit einem kleinen Anhang. Er schildert eindrucksvoll seine politische Entwicklung und sein lange Zeit ungetrübttes Verhältnis zu Erich Honecker. In seinem Buch bemüht sich Krenz um eine faire Würdigung Honeckers.

„Ich rechtfertige mich nicht, ich rede mir etwas von der Seele. Viel habe ich über unser System gewußt; manches blieb auch mir verborgen, was ich hätte wissen müssen.“ Diese Behauptung, die ein entschuldigendes Eingeständnis sein soll, ist irritierend, zumindest fragwürdig.

Was wußte Egon Krenz? Mit dieser Frage kommen wir zum Informationswert des Buches. Wenn dieses Buch vor einem Jahr erschienen wäre, wäre es eine Sensation gewesen. Inzwischen weiß man so viel über die verkorksten Strukturen im einstigen SED-Machtapparat, daß Krenz nichts Wesentliches an Neuem bringen kann. Weder erfährt man Näheres über den Staatssicherheitsdienst noch Systematisches über Entscheidungsabläufe im Politbüro noch über die Ökonomie des SED-Staates.

IV.

Über weite Strecken hat der Leser den Eindruck, als sei Krenz von Honecker ausgegrenzt worden und das eigentliche Entscheidungszentrum sei das Dreieck Honecker-Mittag-Mielke gewesen.

Krenz beschreibt, daß durch seine Analysen über die Perestroika in der UdSSR, die Sympathie für den Gorbatschow-Kurs offenbarten, sein Verhältnis zu Honecker sich verschlechterte. Interessant wäre gewesen, wenn er seine „gründliche und ehrliche Analyse der Ursachen, Fehler und Versäumnisse“, die er offenbar zu seiner „aktiven“ Zeit formuliert hat, auch im Buch abgedruckt hätte. Eine solche Analyse hätte Aufschluß gegeben über das authentische Denken von Egon Krenz. Krenz räumt Fehler ein. Es habe ihm an Mut gefehlt, die notwendige Wende schon viel früher einzuleiten (etwa nach dem Besuch Honeckers bei Kohl in Bonn). Er widerspricht dem verbreiteten Bild, daß seine Person für „chinesische Lösungen eventuell auch in der DDR noch zur Verfügung“ stünde.

Krenz bestätigt vieles, was in westlichen Analysen über die DDR-Politik geschrieben wurde, aber von Ost-Berlin stets als antikommunistisch zurückgewiesen wurde. Er beschreibt ausführlich, wie er sich bei „drei sehr diffizilen Problemerkisen“ verhalten habe: Seine Tätigkeit als Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission der DDR bei den Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai 1989. Seine Stellungnahme zu den Ereignissen in der Volksrepublik China und seine Einflußnahme auf einen friedlichen Verlauf der Montagsdemonstrationen am 9. und 16. Oktober 1989 in Leipzig.

In allen drei Fällen gibt es Aufklärungsbedarf.

V.

Insgesamt bleiben vier zentrale Fragen, die nicht beziehungsweise nicht hinreichend beantwortet worden sind:

- Wie verlief die „Ausprache“ des Politbüros der SED nach der Militärparade im Schloß Niederschönhausen am 7. Oktober 1989? Hierzu gibt Krenz keine Einzelheiten preis.
- Warum schlug Honecker Krenz als seinen Nachfolger vor, wo es doch - wie Krenz schreibt - eine Reihe von zunehmenden Nichtübereinstimmungen zwischen beiden gab?
- Was wußte Krenz wirklich? Diese Frage stellt er sich selbst: „Warum wußtest du so vieles nicht, was du hättest wissen müssen?“ Weiß er nicht, was er weiß?
- Inwieweit nimmt er Rücksicht auf die PDS?

Vielleicht werden diese Fragen in seinem nächsten Buch beantwortet.

Egon Krenz, Wenn Mauern fallen - Die friedliche Revolution: Vorgeschichte, Ablauf, Auswirkungen. Paul Neff Verlag, Wien 1990, 248 Seiten, DM 34,-.

(-/4.5.1990/vo-he/rs)

* * *